"Sozialbeiträge und Steuern dürfen Unternehmen und Beschäftigte nicht überfordern"

27.08.18 | Berlin

"Sozialbeiträge und Steuern dürfen Unternehmen und Beschäftigte nicht überfordern"

Zur Debatte um die zukünftige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):

„Die aktuellen Berechnungen von Prognos im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zeigen, dass wir die langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung stärker in den Blick nehmen müssen. Sozialversicherungsbeiträge und Steuern dürfen die Unternehmen und die Beschäftigten auf Dauer nicht überfordern. Ein hoher Beschäftigungsstand und eine dynamisch wachsende Wirtschaft sind die besten Garanten für ein auskömmliches Rentenniveau. Darauf muss sich die Politik stärker konzentrieren. Darüber hinaus sollte sie die von der Koalition eingesetzte Renten-Kommission ihre Arbeit machen lassen und erst dann Entscheidungen treffen."

Hier geht es zur kompletten Studie der INSM und hier zur Pressemitteilung.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Rentenversicherung

Hauptgeschäftsführer

Alexander

Schirp

Telefon:
+49 30 31005-101

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Schirp [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF